Gabriel

HENNING SCHACHT

Tengelmann-Übernahme

Plötzlich Leisetreter

Wirtschaftsminister Gabriel verzichtet einstweilen auf eine Beschwerde gegen Gerichtsbeschluss.

Nach dem vom Oberlandesgericht Düsseldorf verhängten Verbot einer Übernahme der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann durch Edeka will Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) vorerst doch keine juristischen Schritte gegen den Beschluss einleiten. Vergangene Woche hatten die Richter die von Gabriel erteilte Ministererlaubnis gestoppt. In einem Eilverfahren warfen sie ihm vor, befangen gewesen zu sein. Daraufhin kündigte der Vizekanzler wortgewaltig an, gegen den Beschluss vorgehen zu wollen. Doch der Minister geriet weiter in die Defensive, nachdem das Gericht seinen Vorwurf diese Woche noch einmal bekräftigte. Im Wirtschaftsministerium heißt es, die Juristen im Hause prüften ihre Optionen. Womöglich wolle man, wenn überhaupt, erst im Hauptsacheverfahren gegen die Ausführungen der Richter vorgehen. Gabriel muss fürchten, dass ein Widerspruch die Causa ins nächste Jahr verzögert – und damit zum Thema im Bundestagswahlkampf wird. Würden die Richter dann bei der harschen Kritik an Gabriels Ministererlaubnis bleiben, wäre dies eine Steilvorlage für den politischen Gegner. Im Ministerium hoffen die Beamten deshalb, dass Edeka seinen Antrag auf Ministererlaubnis für die vollständige Übernahme der Tengelmann-Filialen zurückzieht. Stattdessen könnte Edeka nur einen Teil der Filialen übernehmen. Dies entspräche der Empfehlung der Monopolkommission, über die sich Gabriel mit seiner Ministererlaubnis hinweggesetzt hatte. gt, one

Anti-Euro-Kurs

SPD attackiert Wagenknecht

Könnten SPD und Grüne ab Herbst kommenden Jahres im Bund gemeinsam mit der Linkspartei regieren? Darüber gibt es geteilte Meinungen – aus Sicht von SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider demonstrieren prominente Linken-Politiker im Moment ihre Regierungsunfähigkeit: Fraktionschefin Sahra Wagenknecht sagte jüngst der „Zeit", dass sie den Euro für einen Fehler halte. Und ihr Ehemann, Exparteichef Oskar Lafontaine, gehört zu den Unterzeichnern des aktuellen Anti-Euro-Aufrufs „Eurexit". „Frau Wagenknecht und ihr Ehemann haben sich offenbar für eine aggressive Kampagne gegen den Euro entschieden", sagt der Haushaltsexperte Schneider. Indem die Linken-Politiker Wagenknecht und Lafontaine der Währung die Schuld für die Lage in Europa gäben, „setzen sie auf die gleichen Rezepte wie die AfD", so der Sozialdemokrat. „Bei ihnen ist das aber kein taktisches Manöver, um ehemalige Wähler von der AfD zurückzugewinnen – sie scheinen das ernst zu meinen", sagt Schneider. Aus seiner Sicht ist deshalb klar: „Mit diesem Kurs bleibt die Linke im Bund koalitionsunfähig." flo

Wagenknecht, Lafontaine

BECKER + BREDEL / ACTION PRESS

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel